

GASTBEITRAG

Besser handeln

Donald Trump ist dabei, die globale Wirtschaftsordnung zu zerstören. Aber Überschussländer wie Deutschland können etwas dagegen tun.

Mit seiner sicherheitspolitischen Begründung für Strafzölle auf Stahl und Aluminium umgeht US-Präsident Donald Trump das Mitspracherecht des Kongresses, unterminiert das Vertrauen in die Nato und zerstört die regelbasierte Weltwirtschaftsordnung. Damit desillusioniert Trump endgültig westliches Wunschenken und zwingt deutsche Unternehmer und Regierungsverantwortliche zum Umdenken.

Wer hoffte, dass sich Trump als Präsident staatsmännischer und weniger populistisch geben würde, wurde von ihm gleich in seiner Amtsantrittsrede eines Besseren belehrt: Gemäß seinem Credo „America First“ verkündete Trump zwei einfache Regeln, um Amerika wieder zu Wohlstand und alter Stärke zu führen: „Nur amerikanische Güter kaufen und amerikanische Arbeiter einstellen.“

Trump's Benennungen seines handelspolitischen Personals gaben noch weniger Grund zur Hoffnung, dass die bereits unter seinen Vorgängern angespannten Handelsbeziehungen zu China und Deutschland verbessert werden. Im Gegenteil: Laut Wilbur Ross, dem Handelsminister, darf die US-Regierung sich nicht mit „arglistigen Handelspraktiken“ und staatlich subventionierter Produktion im Ausland abfinden. Schon seit längerem will der Ökonom Peter Navarro, der Direktor des Nationalen Handelsrats, allen voran China entgegen-treten. Bereits in Barack Obamas Amtszeit kritisierte Washington China und Deutschland wegen ihrer Exportstärke. Es war nur eine Frage der Zeit, bis auch Donald Trump und seine Getreuen Deutschland und seine Firmen deswegen anprangern würden.

Freihandelsorientierte Hoffnungsträger europäischer Regierungen haben die Machtkämpfe im Weißen Haus verloren. Gary Cohn, der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates, kündigte am 6. März seinen Rücktritt an, nachdem er mit Trumps unvermittelter Entscheidung für Strafzölle einmal mehr bloßgestellt wurde. Trump ignorierte schließlich auch noch die sicherheitspolitischen Einwände seines Verteidigungsministers James Mattis, der gewarnt hatte, dass Amerika mit pauschalen Handelszöllen insbesondere Verbündete wie Deutschland schädigen würde.

Zwar wurde den Europäern doch noch eine Schonfrist von 40 Tagen eingeräumt – damit Trump ein Druckmittel in der Hand behält, um Europa gegen China in Stellung zu bringen und den Verbündeten weitere Zugeständnisse abzunöten. Sie können den US-Präsidenten nun davon überzeu-

gen, dass sie wahre Alliierte sind und den Schutz der USA verdienen, indem sie amerikanische Rüstungsgüter kaufen, damit technologisch abhängig bleiben und das amerikanische Handelsdefizit verringern helfen.

Mit seiner sicherheitspolitischen Begründung der Strafzölle und der Verquickung von Handels- und Sicherheitspolitik gefährdet Trump jedoch nicht nur das Vertrauen in die Nato. Er unterminiert auch die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) und hebt die innere Gewaltkontrolle im politischen System der USA aus.

Insbesondere in einem Wahljahr werden Kongressmitglieder zögern, dem Oberbefehlshaber in die Hand zu greifen und ihn in die Augen der Wähler daran zu hindern, das Land zu schützen. Der Präsident kann auch auf viele protektionistisch gesinnte Abgeordnete und Senatoren in den Reihen der Demokraten zählen, die ihrerseits versuchen, mit einer freihandelskritischen Haltung bei den anstehenden Kongresswahlen am 6. November zu punkten.

Dauerhafte Handelsungleichgewichte sind ein politisches Problem. In Ländern mit negativer Handelsbilanz erzeugen sie die Wahrnehmung, das Ausland raube ihnen ihre Industrie, und nähren die Illusion, von Protektionismus profitieren zu können.

Dauerhafte Handelsungleichgewichte sind auch ein ökonomisches Problem. Um globale Ungleichgewichte abzubauen, sollten Überschussländer wie Deutschland mehr Binnennachfrage generieren, Haushaltsüberschüsse vermeiden und die Investitionsbedingungen fördern.

Der deutsche Staat, Firmen und institutionelle Anleger könnten zur Verbesserung des Kapitalstocks in Deutschland beitragen, indem sie mehr Geld im eigenen Land investieren und weniger in den USA – zumal dort über kurz oder lang ohnehin eine Entwertung ihrer Anlagen droht.

Mangels Fremdfinanzierung würde auch der Druck auf die USA erhöht, besser zu haushalten. Denn es sind vor allem auch Defizitländer wie die USA, die durch ihr riskantes Finanzgebaren makroökonomische Ungleichgewichte befördern und damit die Weltwirtschaft bereits 2007/8 kurz vor den Kollaps gebracht haben.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um zu verhindern, dass die erneut anschwellenden makroökonomischen Ungleichgewichte wieder durch einen größeren Schock korrigiert werden, der die Weltwirtschaft und auch Europas politische Systeme in die Krise stürzt.



Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Autor des Buches „Trump's Amerika – Auf Kosten der Freiheit“. Er bloggt auf „usaexperte.com“.

Unter den Ziegen der Lüfte

KOLUMNE



Da draußen in Brandenburg fehlt einem fast alles, außer Kranichen. Man verpasst den Maschmeyer im Fernsehen und die Vereinigung der Hohenzollern mit Jens Spahn.

Von Volker Heise

Als ich Carsten Maschmeyer das erste Mal auf den Plakaten für seine Start-up-Show auf Sat1 sah, in der er nach den neuen Supergründern sucht, dachte ich: Jetzt geht es auch bei uns los. Das wird der deutsche Donald Trump. Der war ja auch so ein dubioser Unternehmer, dann ein Reality-Star mit Glamour-Frau und wurde schließlich ein US-amerikanischer Präsident, der in seiner Mischung aus Karikatur und Atom-bombe eine immer größere Ähnlichkeit mit dem Joker aus den Batman-Filmen bekommt. Lustig, im Zweifelsfall aber auch das Ende der Welt.

Mit meinem leichten Hang zur Paranoia sah ich Maschmeyer schon als Spitzenkandidaten der FDP unter dem Slogan „Reiche zuerst“ in den Bundestag einziehen und mit der AfD eine Regierung bilden unter dem Namen Harzburg 2.0 und der Beteiligung des abgefallenen Jens-Spahn-Füßels der CDU.

Es ist die gleiche Paranoia, die mich auch befällt, wenn ich die Baustelle der Berliner Schlossatrappe sehe und sofort weiß, dass mit Ende der Bauarbeiten die Hohenzollern zurückkehren werden, um die Unterzeichner der „Erklärung 2018“ („Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird“) zu Mitgliedern der preußischen Akademie der Künste zu machen. Zombies sind nette Menschen dagegen.

Um die Sache zu entzaubern, wollte ich mir Maschmeyer gleich im Fernsehen anschauen. Leider hatte ich vergessen, dass ich zurzeit auf dem Land wohne und

keinen Fernseher habe und auch kein Internet, sondern nur eine schrällbelle Edge-Verbindung auf dem Handy, die allerdings nur an guten Tagen. Ich wollte es ja so: der Zivilisation den Rücken kehren, brutal das Thoreau-Walden-Aussteiger-Ding durchziehen und zur Unterhaltung nur die Kraniche haben, die sich jeden Morgen und jeden Abend unter lautem Geschrei von den Moorniesen erheben. Nach spätestens zwei Tagen weiß man, warum die Viecher Ziegen der Lüfte heißen.

Wenn ich den Leuten in der Stadt erzähle, dass ich „da drau-

ßen“ (sprich: Brandenburg) kein Internet habe, sehen sie mich immer an, als hätte ich ihnen gerade gebeichtet, Teil eines autochthonen Stammes zu sein, der sich von Wurzeln und Singvögeln ernährt, die mit selbst gebastelten Blasrohren erlegt werden. Ich versuche dann zu erklären, dass ich weder den Drang habe, Xylofon auf den hohlen Knochen frisch erlegter Feinde zu spielen, noch Glasfasern für Dämmmaterial halte, sondern nur der digitale Aufbruch nicht bis zur Elbe gekommen ist. Glaubt mir natürlich keiner.

Deshalb müssen wir an dieser Stelle über Armut reden. Jens Spahn (siehe oben) hat neulich die faszinierende Feststellung gemacht, dass in Deutschland Hartz IV ausreiche zum Überleben, was so neu ist wie der Skandal an Dieselskandal. Meine Nachbarin in Berlin dagegen, die gerade ihre mühsam angesparte Rentenversicherung abgeben muss, um irgendwann Hilfe zu bekommen, würde ihm am liebsten direkt vor die Füße spucken.

Nur die Reichen und Satten glauben, Armut würde von innen leuchten. Alle anderen waren in die Schule und haben den Unterschied gelernt von absoluter Armut (verhungern) und relativer Armut (keine Chance haben).

Zum Schluss die gute Nachricht: Von der Zuschauerquote her gesehen ist „Start Up!“ mit Carsten Maschmeyer abgeschmiert. Die schlechte Nachricht: Jetzt bauen sie in Potsdam auch noch die Garniskirche wieder auf. Gleich ruft Hindenburg an.

Volker Heise ist Filmemacher.



Nach der Apartheid

Es mag Zufall sein, aber er wirkt fast symbolisch: Wie in der Zeit der Rassentrennung stehen diese südafrikanischen SchülerInnen vor dem Haus von Winnie Madikizela-Mandela, die am Ostermontag gestorben ist. Fast skeptisch scheint die Ex-Frau

und frühere Mitkämpferin von Nelson Mandela, die für ihr Engagement auch im Gefängnis gesessen hatte, auf die Szene zu blicken. Als dächte sie daran, dass mit dem Ende der Apartheid längst nicht alle Probleme beseitigt waren.

BEI/BILD: AFP



STEUERREKORDE ... KOMMEN IM GLÜCK

LEITARTIKEL

Die Spotify-Ästhetik

Der Streaming-Dienst ist erfolgreich, aber er verdient kein Geld. Das soll sich ändern. Dumm nur, dass dann die Musik immer mehr verarmt.

Eine Revolution, ein historisches Datum: Als Apple im Jahre 2001 sein iTunes auf den Markt brachte, rettete diese Software zum Kauf und Ordnen von – damals vornehmlich – Musikdateien nicht nur die Plattenindustrie, sondern veränderte auch unsere Hörgewohnheiten.

Danach war alles anders. Denn der massenhafte Erfolg der Plattform zerstörte nicht weniger als das Album, also das von einem Künstler komponierte, nach seinen Vorstellungen zusammengesetzte Werk. Was einmal die unverrückbare Abfolge von Liedern auf einem physischen Tonträger wie der Schallplatte oder auch noch der CD war, löste sich unwiederbringlich auf.

Stattdessen konnte sich von nun an der Nutzer seine eigenen Playlists zusammenstellen. Das freie Belieben trat an die Stelle des künstlerischen Eigensinns und des Werkscharakters. Der persönliche, stets wechselnden Moden und Launen unterworfenen Geschmack bestimmt seitdem unser Hören – ohne aufwendige Kopierexzesse wie noch bei Ton-

band oder Musikkassette. Mit iTunes feierte sich die Subjektivität des Hörers so unbeschwert und leichtfertig wie nie zuvor, die musikalische Selbstbestimmung war jetzt nur einen bequemen Klick entfernt.

Das ist wichtig zu wissen, um die Mission des schwedischen Streamingdienstes Spotify zu verstehen – auch seine Erfolgsaussichten nach dem New Yorker Börsengang vom Dienstag. Der Gründer Daniel Ek sieht das Unternehmen nämlich in der Nachfolge von iTunes: Ohne die Playlists, ohne den kongenialen Mix aus Entmaterialisierung und Subjektivierung des Musikkonsums gäbe es kein Spotify.

Allerdings ging Ek mit seinem 2006 gegründeten Dienst einen entscheidenden Schritt weiter. Bestand das Geschäft bei iTunes noch aus dem Kauf und dem – auf der Festplatte gespeicherten – Besitz einer Datei, so bietet das Streaming nur noch einen Zugang.

Spotify ist eine digitale Leihbibliothek für Lieder, eine überaus große allerdings mit 35 Millionen Titeln aus allen musikalischen Genres. Nicht nur große Konzerne wie Sony, EMI, Warner Music und Universal stellen ihre Klangbestände zur Verfügung, sondern auch zahlreiche kleinere Labels.

Lange Zeit war für den Zugang zu diesem Dienst ein Konto bei Facebook obligatorisch, weil, so die zweite Neuerung, die Nutzer ihre Songtitel und Playlists, also ihre musikalischen Vorlieben, über das soziale Netzwerk tauschen sollten. Erst 2009 wurde

der Facebook-Zwang in Deutschland endlich abgeschafft.

Die Mission aber ist geblieben: Höre und teile, werde Teil einer globalen Gemeinschaft, einer für dich prinzipiell kostenlosen, da werbefinanzierten Sharing-Economy.

Daniel Ek kann sich gut vorstellen, Spotify zu einer multimedialen, Musik und Videos umfassenden Plattform auszubauen, auf der sich die musikalischen Formate verändern und damit auch die Ästhetik der künstlerischen Produktion. Musiker würden dann, so Ek, ihr Werk der neuen Umgebung anpassen und deren technische Möglichkeiten voll ausschöpfen. Das sind hochfliegende, allemal selbstbewusste Visionen.

Viel wahrscheinlicher wird eine neue Spotify-Ästhetik allerdings aus anderen, eher ökonomischen Gründen entstehen. Denn mit seinen weltweit 159 Millionen Nutzern – davon rund 71 Millionen zahlenden Abo-Kunden – schreibt das Unternehmen immer noch rote Zahlen: 378 Millionen Dollar im vergangenen Jahr.

Für den Börsengang hat Firmenchef Ek deswegen Barry McCarthy als Finanzchef an Bord geholt, eben jenen Mann, der 2002 bereits Netflix, den heutigen Marktführer im Videostreaming, an die Börse brachte. Die Parallele ist offensichtlich: Bevor Netflix zum Inbegriff einer neuen Fernsehkultur wurde, war es hochdefizitär.

Entscheidend für Spotifys neue Musikkultur könnten nun die Pläne sein, mit denen McCar-

thy die Gewinnzone erreichen möchte: Er will andere Umsatzquellen erschließen, weil das bloße Abspielen eines Songs dem Unternehmen zu wenig Geld einbringt.

In der Tat, von jedem verdienten Dollar gehen mehr als 75 Cent an die Rechteinhaber. Doch Spotify besitze, so argumentiert McCarthy weiter, einen wertvollen Nutzerdatenschatz, und der könnte an Plattenfirmen, Konzertveranstalter oder Musiker verkauft werden.

Das liefe allerdings auf eine Echtzeitkontrolle über den kommerziellen Erfolg von Songtiteln, Playlists und damit auch von Konzertprogrammen hinaus, und das birgt in ästhetischer Hinsicht die Gefahr einer Unterwerfung der künstlerischen Produktion unter den Mainstream. Eine ästhetische Verarmung wäre die Folge.

Schrecklich, und dabei ist über den nicht zuletzt wegen der Beteiligung von Facebook fragwürdigen, da kaum gewährleisteten Datenschutz und die notorisch schlechte Bezahlung von Musikern bei Spotify noch nichts gesagt. Das käme zu dem Übel ja noch hinzu. Berichte S. 2/3



Christian Schlüter

DEHM UND DIE LINKE Mehr als eine Beleidigung

Von Stephan Hebel

Wen interessiert das? Diether Dehm, Bundestags-Abgeordneter der Linken, nennt Außenminister Heiko Maas einen „Nato-Strichjungen“. Das ist widerlich, aber ist es auch wichtig? Leider ja, denn es ging um ein ernstes Thema: die deutsche Russland-Politik, speziell die Ausweisung russischer Diplomaten. Und dahinter wiederum steckt die grundsätzliche Kritik an der Nato.

Es ist gut und wichtig, dass aus der Linkspartei immer wieder die Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik anstelle der zunehmenden Konfrontation mit Moskau kommt. Aber nicht nur Dehm, sondern ein relativ großer Teil der Linken vermeidet dabei jede Kritik an Wladimir Putin, und das ist das Problem: Glaubwürdig wird Kritik an der einen Seite erst dann, wenn man vor den Provokationen und Fehlern der anderen Seite nicht die Augen verschließt. Aber genau das tun sowohl Nato-Fans als auch Russland-Freunde, nur eben spiegelverkehrt – und sind einander damit ähnlicher, als sie ahnen.

Leute wie Dehm zerstören jeden Ansatz bei der Linken, außenpolitisch eine differenzierte, irgendwann womöglich koalitionsfähige Position zu entwickeln. Und deshalb ist es gut, wenn es jetzt ein Ausschlussverfahren gegen Dehm gibt. Keine Partei muss zuschauen, wie ihre Seriosität auf den Mist geworfen wird. Bericht S. 4

KATALONIEN

Erst Justiz, dann Politik

Von Damir Fras

Noch ist nichts entschieden. Es kann immer noch sein, dass der ehemalige katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont nicht von Deutschland nach Spanien geschickt wird, um sich dort unter anderem wegen Rebellion vor Gericht verantworten zu müssen. Aber ein Signal gibt es schon, dass es doch in diese Richtung gehen könnte.

Die Generalstaatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein hat jetzt einen Auslieferungsbefehl gegen den Separatistenführer beantragt. Nun muss das Oberlandesgericht Schleswig entscheiden. Das kann dauern, und es wird noch länger dauern, sollte Puigdemont Verfassungsbeschwerde gegen eine Auslieferung einlegen.

Das politische Problem zwischen Katalonien und dem Zentralstaat Spanien wird mit Urteilen deutscher Gerichte aber garantiert nicht gelöst. Noch kann sich die Bundesregierung einen relativ ruhigen Platz im Schatten der Justiz suchen. Bald aber wird mehr Kreativität gefragt sein, um die Streitparteien auf der iberischen Halbinsel zueinander zu bringen und ihnen beizubiegen, dass die Zukunft Europas auf dem Spiel steht. Bericht S. 6